



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

am Dienstag fand im Plenum die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Ich bin dem Deutschen Bundestag sehr dankbar, für derartige Gedenkveranstaltungen. Ich stimme unserem Bundespräsidenten Joachim Gauck zu, dass Auschwitz unvergesslich bleiben muss.

In erster Lesung haben wir uns mit dem Thema Aufarbeitung von sexuellem Kindesmissbrauch beschäftigt. Hier ist die Einrichtung einer Kommission vorgesehen. Hintergrund ist der Brief des Rektors des Berliner Canisius-Kollegs im Jahre 2010, in dem er sich bei den Opfern von sexuellem Missbrauch in den 70er und 80er Jahren entschuldigte. Dieser Brief löste eine breite gesellschaftliche und politische Debatte aus, in deren Zusammenhang weitere sexuelle Übergriffe in Kinderheimen und Jugend-

werkhöfen der DDR publik wurden. Im März 2010 wurde durch die Bundesregierung der Runde Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ eingesetzt. Für den Beginn der Aufarbeitung von Kindesmissbrauch war die Arbeit des Runden Tisches ein sehr wichtiger Beitrag. Die Aufarbeitungskommission soll nun sicherstellen, dass den Opfern, die berichten wollen, zugehört wird – einerseits, um damit Achtung für das ihnen angetane Leid zum Ausdruck zu bringen, und andererseits, um mehr Erkenntnisse über die Ursachen von sexuellen Kindesmissbrauch zu gewinnen.

Im letzten Jahr haben Bund, Länder und Gemeinden rund 35,5 Milliarden Euro für die Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Das entspricht einer Stei-

gerung um 10,2 Prozent. Mit 23 Milliarden entfiel der größte Teil auf die Kindertagesbetreuung. 8,7 Milliarden Euro wendeten die öffentlichen Träger für Hilfen zur Erziehung auf. Davon entfielen etwa 4,7 Milliarden Euro auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderer betreuter Wohnform. Die Ausgaben für sozialpädagogische Familienhilfe lagen bei 785 Millionen Euro. 1,7 Milliarden wurden in Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendarbeit investiert, zum Beispiel in außerschulische Jugendbildung, Kinder- und Jugendberufshilfe oder Jugendzentren.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen

Ihr
Martin Patzelt



Schüler und Schülerinnen der Bernhardinum Schule, Fürstenwalde zu Besuch im Deutschen Bundestag.

Gäste aus dem polnischen Parlament

In der Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend war in dieser Woche eine Delegation des polnischen Parlaments zu Gast.

Die elf Sejm-Abgeordneten wollten sich insbesondere über die Lage der Senioren in Deutschland informieren. Der polnische Sejm hat dafür sogar einen eignen Ausschuss. Die polnischen Kollegen gehen davon aus, dass auf ihr Land demnächst ähnliche demografische Probleme zukommen, wie es sie in Deutschland bereits gibt. Noch dominieren Mehrgenerationenfamilien. Aber auch in Polen wird es für viele Arbeitnehmer zusehends schwieriger, Beruf und häusliche Betreuungsaufgaben unter einen Hut zu bringen.

Eigentlich würden gerne 90 Prozent der polnischen Familien ältere Menschen innerhalb



Die polnische Delegation zu Gast im Familienausschuss.

der Familie betreuen. Aufgrund der sehr geringen Geburtenrate von 1,3 (Deutschland: 1,38) wächst auch im Nachbarland der Anteil an älteren Menschen signifikant. Polen möchte nun auch einen Sonderurlaub für die Pflege von Angehörigen einführen, wie es das bei uns mit der Fami-

lienpflegezeit schon gibt. In Polen sieht man im Pflegebereich ein großes Potenzial, da es einen der am schnellsten wachsenden Beschäftigungsmärkte innerhalb der EU darstellt.

Das Problem sind allerdings die schlechte Bezahlung sowie ein schlechtes Image. Schwarzarbeit ist in

diesem Sektor weit verbreitet. Im Weiteren sollen Freizeitzentren speziell für ältere Menschen in den ländlichen Gegenden aufgebaut werden. Ein großer Erfolg sind die Senioren-Universitäten, von denen es inzwischen 500 im ganzen Land gibt.

Neues Polizeiabkommen mit Polen ab Sommer

Der Innenausschuss hat den Weg für das Inkrafttreten des deutsch-polnischen Polizeiabkommens vom 15. Mai vergangenen Jahres freigemacht.

Das Abkommen verfolgt das Ziel, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen im Polizei- und Zollbereich vor allem in grenznahen Gebieten

zu verbessern. Damit soll die Kriminalitätsbekämpfung verstärkt und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöht werden.

Das neue Abkommen soll im Sommer dieses Jahres in Kraft treten. Es sieht u.a. erweiterte Handlungsmöglichkeiten im Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staa-

tes vor, etwa durch gemeinsame Streifen. Ferner enthält es Regelungen, damit die Polizei präventiv tätig werden kann. Beispielsweise wird es der Polizei erlaubt sein, zur Abwehr einer Gefahr für Leib oder Leben die Grenze zu überschreiten und im Nachbarland tätig zu werden. Auch grenzüberschreitende Ob-

servationen zur Verhütung von Straftaten werden künftig möglich sein.

Bei Großereignissen ist die gegenseitige Unterstützung durch eine vorübergehende Aufnahme von Beamten des Nachbarlandes in die eigene polizeiliche Einsatzinheit vorgesehen.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Manuela Heuer
Berliner Str. 19
15848 Beeskow
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Mi 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Nachwuchsgewinnung im klassischen Ehrenamt

Im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement haben wir das Thema „Nachwuchsgewinnung im klassischen Ehrenamt“ behandelt. Dabei hat sich gezeigt, dass es den Hilfsorganisationen immer seltener gelingt, Menschen für ehrenamtliche Aufgaben zu gewinnen. Langfristig gefährdet das die Leistungsfähigkeit des Katastrophen- und Bevölkerungsschutzes.

Familienfreundlichkeit stärken

Der Deutsche Feuerwehrverband machte deutlich, dass die Zahl der freiwilligen Helfer bei der Feuerwehr abnimmt. Durch mehr Familienfreundlichkeit sollen künftig mehr Frauen für diese Tätigkeit gewonnen werden. Dazu soll eine Willkommenskultur geschaffen werden. Ausgebaut wer-

den soll die Kinder- und Jugendfeuerwehr. Nicht zuletzt macht man sich bei der Feuerwehr Gedanken, wie man Migranten für diesen freiwilligen Diensts gewinnen könnte. Dazu soll eine speziell auf diese Zielgruppe ausgerichtete Werbung beitragen.

Demografischen Wandel berücksichtigen

Das Deutsche Rote Kreuz hat Handlungsempfehlungen ausgearbeitet, um das Ehrenamt wieder attraktiver zu machen. Dabei gilt es die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu berücksichtigen. Nicht nur das Image des Ehrenamtes hat sich verändert. Der demografische Wandel und die zunehmende Mobilität im Berufsleben zeigen ihre Auswirkungen. Darum müssen sich die Organisationen stärker zu Anlaufstellen

und Schnittstellen entwickeln. Gefragt ist eine aktive Ansprache der potenziellen Ehrenamtlichen. Dafür wiederum müssen die bereits aktiven Ehrenamtlichen sowie die Führungskräfte ausgebildet werden.

Berufliche Kompetenzen anerkennen

Im Weiteren sollten die Hilfsorganisationen individuelle ehrenamtliche Karrieren ermöglichen und fördern, indem sie die jeweiligen Lebensphasen und Zeitressourcen berücksichtigen. Individuelle Fähigkeiten und Kompetenzen müssen anerkannt werden wie z.B. im Beruf erworbene Qualifikationen. Führungskräfte müssen über soziale Kompetenzen verfügen, um Ehrenamtliche langfristig zu binden.



Schüler und Schülerinnen der Bernhardinum Schule, Fürstenwalde zu Besuch im Deutschen Bundestag.